

GSoA in den Gewerkschaften

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 9: **Nacht- und Wochenendarbeit?**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GSoA

IN DEN GEWERKSCHAFTEN:



GDP

In der Phase der Unterschriftensammlung haben Teile der GDP die Initiative bereits aktiv unterstützt. Im Hinblick auf die SGB-Delegierten-Versammlung hat das Zentralkomitee diese positive Haltung wieder bestätigt: zehn Mitglieder sprachen sich für ein Ja aus, drei für ein Nein, drei enthielten sich der Stimme. Die Vertreter im SGB wurden bindend mit einer Ja-Parole mandatiert (Abstimmung: neun für ein Ja, fünf für Stimmfreigabe).

PTT-Union

Der Zentralvorstand der PTT-Union hat eine längere Diskussion über die Armeabschaffung geführt, in welcher Meinungen von Ja bis Nein vertreten wurden. Über eine Parole wurde jedoch nicht abgestimmt, die Delegierten im SGB sind entsprechend frei in ihrer Stimmabgabe.

GBH

Die Landeskonferenz der GBH-Jugend hatte dem Zentralvorstand eine JA-Parole beantragt. In einer längeren inhaltlichen Diskussion trat die Mehrheit des Zentralvorstandes überraschend auf diese Parole ein. (Abstimmung: 16 Ja, sechs für Stimmfreigabe, drei für Nein)

SMUV

Die GSoA-Initiative «zog das SMUV-Parlament in ihren Bann» (SMUV-Zeitung 19.7.89). Geschäftsleitung und Verbandsvorstand beantragten der Delegierten-Versammlung die Stimmfreigabe mit der Begründung «Warum uns mit einem Nein spalten?». Dass die Meinungen wirklich gespalten waren, zeigte sich in einer ausführlichen Diskussion und auch in der Abstimmung: 38 votierten für ein Nein, 32 für ein Ja. Sehr knapp (und bei bereits gelichteten Reihen)

obsiegte das NEIN dann auch gegen die Stimmfreigabe (36 zu 32).

GTCP

Der Vorstand der GTCP trat nicht auf die Diskussion über eine GSoA-Parole ein; mit Argumenten, die im Hinblick auf die SGB-Delegierten-Versammlung auf eine Stimmfreigabe hinauslaufen.

VPOD

In einer Versammlung bei den Sektionen sprachen sich 29 Sektionen für eine Stimmfreigabe, 18 für ein Ja und 35 für ein Nein aus. Für ein Nein votierten vor allem kleine Sektionen (u.a. von Militärpersonal); sie machen nur 13 Prozent der in der Vernehmlassung repräsentierten Mitglieder aus (gegenüber 55 Prozent bei der Stimmfreigabe-Parole und 31 Prozent bei der Ja-Parole). Die Geschäftsleitung beschloss in der Folge einstimmig die Stimmfreigabe.

GEWERKSCHAFTSBUND SGB

Die Delegiertenversammlung des SGB hat am 11. September schliesslich klar **Stimmfreigabe** beschlossen. In der Eventualabstimmung obsiegte das Ja über das Nein mit 47 zu 32 Stimmen (bei vielen Enthaltungen). Für die Stimmfreigabe votierten sodann 83 Delegierte bei 18 Gegenstimmen aus dem Lager Der GSoA-Gegner. Nun können die Verbände und kantonalen Gewerkschaftsbünde noch eigene Parolen fassen.

AUFRUF ZUR DISKUSSION IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Bis Ende August haben über 800 GewerkschafterInnen aus verschiedensten Verbänden des SGB einen «Aufruf zur Diskussion» unterzeichnet (vgl. DISKUSSION Nr. 8). Der Aufruf und die Namen der UnterzeichnerInnen ist als ganzseitiges Inserat in verschiedenen Zeitungen abgedruckt worden.